

Krieg als Verteidigung

Es ist schon erstaunlich, mit welcher Chuzpe auch die neue Regierung mit Bundeskanzler Merz den Völkermord in Gaza wie nun die Angriffe Israels und der USA auf den Iran mit der Verteidigung Israels rechtfertigen. Seit 30 Jahren versucht Netanjahu, die US-Regierung in einen Krieg gegen den Iran hineinzuziehen. Seit 30 Jahren dient dazu die immer gleiche Erzählung, dass Iran an einer Atombombe baue, um Israel zu vernichten. Nun hat Netanjahu mit seinem Angriff auf Iran Präsident Trump die Möglichkeit gegeben, auch dessen lang gehegtes Ziel zu erfüllen: das seit 1979 abtrünnige Land wieder einzufangen und unter die US-amerikanische Vormacht im Mittleren Osten zu zwingen. Vom Völkerrecht ist da schon gar nicht mehr die Rede, man habe „Verantwortung übernommen“ heißt es ebenso schlicht wie präsidential.

„Dass in der Politik gelogen wird, ist nicht neu“, schrieb Moshe Zuckermann jüngst mit Blick auf den Gaza-Krieg¹. „Die Lüge liegt in ihrem Wesen“. Dies gilt auch für die Angriffe auf den Iran, die allein mit seinem Atomprogramm begründet werden. Allerdings hatte der scheidende Direktor der CIA William Burns schon am 10. Januar 2005 gesagt, dass er keine Anzeichen für eine Abkehr von der Entscheidung im Jahr 2003 durch eine Fatwa des obersten Führers Ali Khamenei sehe, keine Atombombe zu bauen. Diese Einschätzung wurde fast wörtlich im „Annual Threat Assessment“ der „Intelligence Community“, also der insgesamt 18 Geheimdienste, wiederholt. Niemand, auch nicht die Inspektoren der Atomenergiebehörde, legte seitdem andere Erkenntnisse oder Beweise für den unmittelbar bevorstehenden Bau einer Bombe, geschweige denn ihren Einsatz, vor. Doch die Bombe war und ist nur die Lüge, um den Regime-Change – sei es nach dem Modell Irak, Libyen oder Syrien – zu verschleiern.

Dieser Regime-Change ist nicht aufgegeben. Der von Trump dekretierte Waffenstillstand bedeutet noch lange keine Sicherheit, dass Netanjahu Ruhe gibt und Trump die offensichtliche militärische Schwäche des Iran doch noch nutzt, um den Sturz der Regierung mit Waffen zu erzwingen. 2007 hatte der damalige Präsident George W. Bush das schon einmal versucht, es ging aber daneben. Damals heizten die Falken im Kongress die iranische Nukleargefahr an. Bush erklärte im Oktober 2007 auf einer Pressekonferenz, wenn man einen dritten Weltkrieg und einen „nuklearen Holocaust“ verhindern wolle, müsse man Iran unverzüglich daran hindern, die Bombe zu bauen. Die Vorbereitungen für einen Militärschlag gegen Iran waren getroffen.

Doch im November 2007 berichteten ihm seine Geheimdienste – damals insgesamt 16 -, dass der Iran keine Atombombe baue, Teheran habe schon 2003 sein Atomprogramm

¹Vgl.

https://www.google.com/url?sa=t&source=web&rct=j&opi=89978449&url=https://overtomagazin.de/top-story/offene-luegen/&ved=2ahUKEwj_wfyW9PiNAXR2wIHHUMNKKkQFnoECBQQAQ&usg=AOvVaw0CY3dSNll_28Ty05aWYOya

gestoppt. Dieser Bericht drohte, da er an die Öffentlichkeit gelangte, die Militärstrategie Präsident Bushs zu durchkreuzen, er war hoch gefährlich. Also musste Bush reagieren. Er schrieb dazu 2010 in seinen Memoiren „Decision Points“: „Einen großen Teil des Jahres 2008 verbrachte ich damit, die diplomatische Koalition gegen den Iran wieder aufzubauen, wir schafften es auch, eine neue Runde von Uno-Sanktionen zu bekommen [...]. Außerdem dehnten wir unseren Raketenschild aus, darunter ein neues Raketensystem mit Stützpunkten in Polen und der tschechischen Republik, um Europa vor einem iranischen Angriff zu schützen.“

Hätte der Iran bereits eine Atombombe, wäre es jetzt bestimmt nicht zu diesen schweren Angriffen gekommen. Schon 1999 nach dem Überfall der NATO auf Jugoslawien hatte die VR China gefährdeten Staaten geraten, sich Atomwaffen anzuschaffen, um vor solchen völkerrechtswidrigen Angriffen geschützt zu sein. Das Völkerrecht ist offensichtlich nicht in der Lage, vor den Überfällen hochgerüsteter Großmächte zu schützen. Seit Jahrzehnten versuchen sie, das absolute Gewaltverbot des Art. 2 Z. 4 UN-Charta mit der Überdehnung des Verteidigungsrechts nach Art. 51 UN-Charta zu relativieren. 2002 führte Bush das neue Präemptivkonzept ein, bekannt als Bush-Doktrin, welches in der National Security Strategy vom September 2002 offizielle Gestalt annahm. Im Dezember 2003 wurde es in die Europäische Sicherheitsstrategie übernommen. Die darin verankerte „vorbeugende Verteidigung“ ist schon dann möglich, wenn noch gar kein Angriff vorliegt. Bekanntestes Beispiel ist der Überfall auf Bagdad durch die USA 2003.

Nicht das Völkerrecht ist das Problem und die Schwachstelle des Gewaltverbots, sondern die aggressiven Interessen von Regierungen mit internationalem Herrschaftsanspruch. Ihnen kommen ideologische Angebote etwa eines „wertegebundenen konstruktiven Völkerrechts“, einer „Offenheit für präventive Strategien“ oder des „Vorrangs der politischen Legitimität vor der Legalität“ und der Warnung vor einer „Überbewertung des Wortlauts“ zu Hilfe, die selbst in der Völkerrechtswissenschaft Platz greifen. Und Trumps Rechtsnihilismus macht Schule. Ohne sein robustes Auftreten hätte wohl auch Friedrich Merz seine offensichtliche Verachtung für die Internationale Justiz (Haftbefehl gegen Netanjahu) und das Völkerrecht (Drecksarbeit) nicht so demonstrativ zur Schau gestellt. Dieses sind keine guten Signale für die seit längerer Zeit geplante und vorbereitete militärische Konfrontation mit der VR China.

Norman Paech

Hamburg, 23. 6.2025

